

weise sowohl passgenaue Arbeitszeitmodelle sein als auch Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

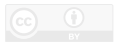
Dabei kann die Nutzung der gesetzlich vorgeschriebenen Präventionsinstrumente *Gefährdungsbeurteilung*, auch psychischer Belastungen, und *Betriebliches Eingliederungsmanagement* durchaus hilfreich sein. Hier können Arbeitsplätze auf ihr Gefährdungspotenzial für die Beschäftigten hin überprüft werden. Und es können Team- oder Einzelmaßnahmen zur Auflösung von Belastungssituationen für die Beschäftigten.

In Zukunft wird es mehr innovative und nachhaltige Lösungen für gesunde *entgrenzte* Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen geben müssen. Diese Herausforderung gilt für alle Ebenen – Staat, Betrieb und Individuum. Die Form der Interventionen für gesunde Arbeitsbedingungen wird sich dabei vielleicht gar nicht so sehr verändern – eher die Frage der Zuständigkeit. Gelingt hier die Einbeziehung der Antonovskyschen Theorie von den Ressourcen, ist den Beschäftigten schon viel geholfen!

erschieden in der Fiff-Kommunikation,  
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

## Referenzen

- 1 <http://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Arbeiten-vier-null/arbeiten-vier-null.html>
- 2 [https://www.dak.de/dak/download/Gesundheitsreport\\_2016\\_-\\_Warum\\_Frauen\\_und\\_Maenner\\_anders\\_krank\\_sind-1782660.pdf](https://www.dak.de/dak/download/Gesundheitsreport_2016_-_Warum_Frauen_und_Maenner_anders_krank_sind-1782660.pdf)
- 3 <http://www.dgb.de/themen/++co++bb6fa620-595e-11e6-92da-525400e5a74a>
- 4 <https://www.fiff.de/34728/f3576976c7e2d74c84699fff-34726/53b4d9e3b154a41468aa7de>
- 5 <https://www.fiff.de/34728/f3576976c7e2d74c84699fff-34726/53b4d9e3b154a41468aa7de>
- 6 [http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-01445-2\\_8](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-01445-2_8)
- 7 <http://www.zeit.de/karriere/2016-10/gewerkschaften-digitalisierung-zukunft-arbeitnehmer-selbstaendige-crowdworking-tarifvertraege>
- 8 <http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/A872-gruenbuch-arbeiten-vier-null.html>
- 9 [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a883-weissbuch.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a883-weissbuch.pdf?__blob=publicationFile&v=4)



Michael Ahlmann

## Besprechung der Stellungnahme von **DIE LINKE** im Bundestag

### zum Grünbuch *Arbeiten 4.0* des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 8. Juni 2016

*Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden eine Diskussion zum Thema Industrie 4.0 angestoßen – ohne dass es meiner Meinung nach eine vierte industrielle Revolution gäbe. Darauf hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ein Grünbuch – Arbeit 4.0<sup>1</sup> herausgegeben. Die Abgeordneten der Linke.n kritisieren in ihrer Stellungnahme<sup>2</sup> diesen Text. Mit dem Grünbuch will das BMAS eine gesellschaftliche Debatte zu den Auswirkungen der aus „4.0“ resultierenden Veränderungen auf die Institutionen des Sozialstaates anstoßen. Ende des Jahres 2016 ist aufbauend auf dem Grünbuch ein Entwurf zum Weißbuch *Arbeiten 4.0* des BMAS mit Handlungswegen und Lösungen erschienen<sup>3</sup>. Aus der Stellungnahme zum Grünbuch will ich insbesondere die sozialen Aspekte aufgreifen und auf einzelne Ansätze aus dem Entwurf zum Weißbuch verweisen. In der Fiff-Kommunikation 4/2016 haben sich die Autor.innen mit wesentlichen Aspekten zum Thema Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft: Wer steuert wen? auseinandergesetzt. Im Folgenden entsprechen fettgedruckte und zentrierte Überschriften den jeweiligen Überschriften in der Stellungnahme **DIE LINKE** Meine Position zur Stellungnahme ist am Ende jedes Abschnitts kursiv gesetzt.*



### Einleitung

Schwerpunkte des Regierungsansatzes *Industrie 4.0* sind Entwicklungen in der Fertigungstechnik und der Logistik, es geht aber auch um die Softwareentwicklung (*Smart Factory*, *Internet der Dinge* oder *Cyber-Physical Systems*). Es geht nach der Auffassung der Linke.n nicht um einen grundlegenden technologischen Wandel, sondern mehr um Spekulationen und Phantasien für die Zukunft. Entsprechende Untersuchungen über die Auswirkungen auf Arbeitsplätze differieren extrem – die Universität Oxford unterstellt 2013, dass 50 % der Arbeitsplätze in den USA durch Computer ersetzt werden, während das IAB 2015 nur 0,4 % der Arbeitsplätze in Europa betroffen sieht. Die Regierung will laut Grünbuch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern, und so beachtet dabei nach Auffassung der Linke.n das Grünbuch weder den Einfluss des Kaufkraftzuwachses der Bevölkerung noch den des Wachstums des Binnen-

marktes, also z. B. durch erfolgreiche Tarifrunden. Bei steigender Produktivität müssen nach Auffassung der Linke.n Umverteilungen, Verkürzungen oder eine Neuverteilung der Arbeitszeit erwogen werden.

*Diese Forderung der Linke.n teile ich und sehe hier dringenden Handlungsbedarf für Beschäftigte, Gewerkschaften, Politik und Öffentlichkeit. Laut IG Metall und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind im Jahr 2015 ca. 1,4 Milliarden Überstunden in Deutschland angefallen, 997 Millionen Überstunden davon ohne Bezahlung.<sup>4</sup> Dies ist ein Betrug der Arbeitgeber am Sozialstaat. Für mich folgt aus den unbezahlten Überstunden die Forderung: Freizeitausgleich oder Vergütung und Schaffen neuer Arbeitsplätze, um so Maßnahmen der Beschäftigungssicherung zu finanzieren.*

## Digitalisierung in aller Munde, aber kaum Lösungen

„Digitalisierung“ ist nicht klar definiert, vielmehr gibt es eine bunte, verworrene und oft offene Diskussion über verschiedene Bereiche des Arbeitslebens – stellt **DIE LINKE** fest. Folgen von *Industrie 4.0* in Zusammenhang mit Crowdfunding oder dem Problem der räumlich-zeitlichen Entgrenzung in Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen werden ohne Bezug auf die Verknüpfung erörtert. *Industrie 4.0* will eine „vierte industrielle Revolution“ bezeichnen. Gekennzeichnet ist der aktuelle Veränderungsprozess in Deutschland aus Sicht der *Linke.n* vor allem durch einen Rückgang der Tarifbindung, die Ausbreitung des Niedriglohnssektors, den Anstieg sogenannter atypischer Beschäftigung und instabilerer Erwerbsverläufe sowie durch das vermehrte Ausweichen auf Werkverträge. Sie sind Folge einer Politik des Sozialabbaus, der Arbeitsmarktderegulierung und der teilweisen Verdrängung von Arbeitsvorgängen durch Automatisierung und Robotereinsatz. **DIE LINKE** fordert Vorschläge zur sozialen Absicherung von Scheinselbständigen und zur Anpassung des Arbeitsrechts an neue Beschäftigungsformen wie Crowd- und Cloudworking. Praktische Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung fehlen bisher.<sup>5</sup>

*Hier müssen aus meiner Sicht Informatik-, Arbeits- und Sozialwissenschaften gemeinsam mit DGB und Hans-Böckler-Stiftung aktiv werden, Begriffe und Strukturen sauber abgrenzen und gute Maßnahmen entwickeln. In der FfF-Kommunikation 4/2016 hat z. B. Prof. Wolfgang Däubler in seinem Beitrag erste Beispiele gebracht.*

## Wandel von Arbeit in Produktion, Fertigung und Vertrieb

Die Qualifikationen der Beschäftigten sollen sich beispielsweise verändern zu Facharbeiter:innen mit Ingenieurwissen, die den Produktionsablauf überwachen und bei Bedarf eingreifen können – lebenslange Weiterbildung ist somit erforderlich, um mit technischen Innovationen Schritt zu halten.

**DIE LINKE** setzt sich für die Einhaltung elementarer sozialer Grundrechte in der Arbeit ein, dies umfasst insbesondere das Recht auf Arbeit, gerechte Arbeitsbedingungen, angemessenen Lohn, Koalitionsfreiheit (Organisieren in Gewerkschaften) sowie die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt. Dabei müssen auch auf dem Gebiet der Arbeit die völkerrechtlich verbrieften spezifischen Lebenslagen von Frauen als auch Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Gewerkschaften haben diesen Trend erkannt und verschiedene Initiativen zur Weiterbildung Berufstätiger initiiert.

- Durch höhere Steuern für Unternehmen und Vermögende finanzierte Bildungszeitmodelle müssen von einem massiven Ausbau eines für alle Menschen zugänglichen Bildungssystems begleitet werden.
- Arbeitgeber:innen müssen die betriebliche Weiterbildung aktiv verbessern und finanzieren. Dazu schlägt **DIE LINKE** einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen.

*Meine Meinung: Neue Formen der vernetzten Fertigung und Logistik dürfen nicht dazu führen, Arbeitnehmer:innen bei der Arbeit lückenlos (aus Dateneingaben oder über RFID-Chips) zu überwachen.*

*Ich erwarte gravierend neue Anstrengungen, in der Schule möglichst alle Schüler:innen theoretisch und praktisch auf das Berufsleben vorzubereiten, ein „lebenslanges Lernen“ staatlich/betrieblich zu organisieren und dies während bezahlter Freistellung von der Arbeit. Weitergehende Maßnahmen sind für erwerbslose junge Menschen und rentennahe Jahrgänge zu treffen, um Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung und Altersarmut zu vermeiden und eine faire Verteilung der vorhandenen Arbeit zu sichern.*

## Wandel von Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft

### Abhängige Beschäftigung

**DIE LINKE** sieht Flexibilisierung und Entgrenzung durch weltweiten Zugriff auf Daten als typisch für moderne Arbeitsorganisation an. Durch Digitalisierung werden viele Arbeitsprozesse transparenter – und damit mögliche Leistungsunterschiede. Leistungsdruck und psychische Belastungen lassen sich neben anderen Faktoren auch auf die IT-Entwicklung zurückführen. Deshalb ist die Forderung der Arbeitgeber nach Deregulierung von Arbeitsrechten zurückzuweisen, so **DIE LINKE**

*Ich teile dies und fordere eine vertiefte Diskussion/Umsetzung der ILO-Normen (ilo.org) in Europa und weltweit.*

### Selbständigkeit

Im Jahr 2014 gab es in der Bundesrepublik 4,2 Millionen Selbständige. Rund die Hälfte davon waren sogenannte „Solo-Selbständige“ (ohne Angestellte). **DIE LINKE** verlangt für diese Menschen eine faire Altersversorgung und Krankenversicherung.

*Ich folge dieser Auffassung und fordere klare juristische und arbeitsrechtliche Abgrenzungen zwischen echter Selbständigkeit und „Scheinselbständigkeit“. Letztere ist abzuschaffen.*

### Brüchige Erwerbsbiografien

**DIE LINKE** konstatiert, dass immer weniger Menschen aus Lohnarbeit ein sicheres und auskömmliches Einkommen erzielen können (Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses). Teilzeit, Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge, die Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Rückgang der Tarifbindung sind weitgehend Folgen der Agenda-2010-Politik – weniger der Digitalisierung. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf Rente und Krankenversicherung. Der im Grünbuch formulierte Prüfauftrag *Ob mit einem Wandel der Erwerbsformen neue Sicherheitsdefizite auftreten?* und der bloße Hinweis auf das Stichwort ‚*Erwerbstätigenversicherung*‘ sind zu wenig. **DIE LINKE** fordert eine gesellschaftliche Mobilisierung gegen Leiharbeit, Befristung und Werkverträge.

Hier müssen meines Erachtens klare Konzepte gefunden werden, die ein sinnstiftendes Arbeitsleben und ein auskömmliches Bürgereinkommen ermöglichen. Die Verlagerung von „einfacher“ Arbeit in „billigere“ EU-Staaten mit Hilfe von EU-Geldern sollte ersetzt werden durch Ausbildung und Qualifizierung vor allem jugendlicher Erwerbsloser, um diese in ihrem Land in anspruchsvollere Arbeit zu bringen. Mit dem Kauf wertiger Produkte aus dieser Arbeit können wir dazu beitragen, den deutschen Exportüberschuss innerhalb der EU zu reduzieren.

### Neue Formen von Arbeit



Michael Ahlmann als Aktiver auf einer Kundgebung der IG Metall

### „Plattform-Ökonomie“

Internet-Anbieter:innen dringen inzwischen in weite Bereiche des Dienstleistungsgewerbes ein und bieten häufig auf einer Vielzahl digitaler Plattformen dezentral Dienste oder Produkte an.<sup>6</sup> Digitale Plattformen können damit die bestehende Wettbewerbssituation verschärfen oder bestehende Anbieter- und Arbeitsstrukturen verdrängen. Auf diesen Plattformen gibt es kein klassisches Zulieferer- beziehungsweise Arbeitsverhältnis. Der Erwerbsstatus der Anbietenden wird nicht erfasst, das Arbeitsrecht kennt noch keine spezifische Anwendung.

**DIE LINKE** beschreibt hier vor allem das Übel. Für mich ist eine Integration von Plattformen in eine arbeitsrechtliche Struktur und eine geregelte Bezahlung geleisteter Arbeit umgehend zu entwickeln. Bestehende „analoge“ Infrastrukturen dürfen nicht schematisch durch „digitale“ abgelöst werden, um fatale lokale Auswirkungen zu vermeiden.

### Crowdworking/Clickworking/Cloudworking

**DIE LINKE** fordert:

- Die neue Solo-Selbständigkeit und Crowdworking sind abzusichern. Diese oft prekären Formen digitalisierter Arbeit müssen evaluiert und reguliert werden. Selbständige Crowdworker:innen müssen sozial abgesichert werden; beispielsweise durch eine Mindest-Vergütung für Solo-Selbständige und Einbeziehung in eine allgemeine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.<sup>7</sup>
- Mit der Digitalisierung ist auch eine neue Qualität der Internationalisierung der Arbeitsbeziehungen verbunden – ohne dass es ein entsprechendes internationales Vertragsrecht gäbe. Daher sind neue Konzepte für ein internationales Wirtschafts-, Arbeits- und Tarifrecht mit Sanktionsmacht dringend notwendig. Digitalisierung darf kein rechtsfreier Raum werden, in dem rechtsverbindliche Verpflichtungen aus dem UN-Sozialpakt, der Europäischen Sozialcharta und dem Grundgesetz ausgehebelt werden.

Zu den Begriffen Crowd- und Cloudworking gibt es grundlegende Gedanken<sup>8</sup> von Wolfgang Däubler, die auch auf kollektive Interessenvertretungen und Konfliktlösungsansätze verweisen. Hieraus sind gesellschaftliche Konzepte zu entwickeln, damit geleistete Arbeit auch bezahlt wird und keine „soziale Wüste“ entsteht. Ein Modell wie z. B. die Künstler-Sozialversicherung reicht mir nicht.

### Soziale Absicherung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales thematisiert in dem Kapitel *Soziale Marktwirtschaft reloaded* die positiven Auswirkungen von Sozialpolitik auf sozialen Zusammenhalt und Verteilung des Reichtums. Dabei ist die Lohnquote gegenüber 2006 gesunken, die Vermögensverteilung ist deutlich ungerechter und gewachsen ist der Niedriglohnssektor. Die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen sind hier entscheidende Stichworte.

Kritik **DIE LINKE**: Die Politik der verschiedenen Bundesregierungen hat die nachlassende Tariffindung befördert. Der einzige Aspekt bei der sozialen Sicherung, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit der zunehmenden Digitalisierung in Verbindung gebracht wird, ist die erwartete Zunahme von (Solo-)Selbständigkeit. Das soziale Sicherungssystem wird nominell fast paritätisch finanziert. Selbständigen wurde der Zugang zu gesetzlichen Sicherungssystemen erst spät und lediglich selektiv ermöglicht.

Gemeinsam mit **DIE LINKE** fordere ich: Die Einbeziehung der Selbständigen verlangt eine grundsätzliche Kurskorrektur der Sozial- und Rentenpolitik, einen Ausbau und die strukturelle Weiterentwicklung der Systeme der sozialen Sicherung für alle Bürger:innen.

## Rente

Um insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung zukunfts- fest zu machen, fordert **DIE LINKE** gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden die Wiederherstellung eines den Lebensstandard sichernden und auch vor Armut schützenden Rentenniveaus („Sicherungsniveau vor Steuern“ in Höhe von 53 Prozent) sowie seiner – vorwiegend – paritätischen Finanzierung und Ergänzung aus Steuermitteln durch Bundeszuschüsse und Beiträge für Kindererziehungszeiten. Denkbar wäre es, für den oberen Bereich etwa die Beitragsbemessungsgrenze in eine Beitragsäquivalenzgrenze umzuwandeln, ab der sich zusätzliche Beiträge nur noch anteilig leistungssteigernd auswirken.

- **DIE LINKE** fordert sofort eine Mindestrente von zur Zeit 1050 € netto monatlich.
- **DIE LINKE** erwartet, dass der Solidarausgleich gestärkt wird und alle Erwerbstätigen in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen sind.
- Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

*Diese Forderungen teile ich und erwarte eine Kopplung der Rente an Lohnentwicklung und Inflationsrate.*

## Gesundheit/Pflege

Die private Krankenversicherung bietet Selbständigen mit geringen Einkommen keine ausreichende gesundheitliche Versorgung. **DIE LINKE** fordert eine solidarische Bürger.innenversicherung in Gesundheit und Pflege wegen der konsequent am individuellen Einkommen orientierten Beitragshöhe. Gerade bei Gesundheit und Pflege dürfen neue Technologien nicht nach dem Prinzip „alles, was technisch geht“ eingeführt werden. Der Schutz der Patientinnen und Patienten sowie ihrer sensiblen Gesundheitsdaten erfordern nach Auffassung der *Linke.n*, dass der belegte Patientennutzen in den Mittelpunkt gestellt wird.

*Aus meiner Sicht gehört die private Krankenversicherung abgeschafft. Es sollten betriebliche Abkommen zwischen Unternehmen und Krankenkassen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement vereinbart werden.*

## Mindestsicherungen

Forderung **DIE LINKE** und *meine*: Hartz IV ist abzuschaffen. Das System der Grundsicherung ist grundlegend zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung für all diejenigen umzubauen, die die gesetzlich definierten Maßstäbe der Hilfebedürftigkeit erfüllen. Es soll eine einkommens- und vermögensgeprüfte, bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung eingeführt werden. Mit der Mindestsicherung muss die Verarmung und Entwürdigung von allen Erwerbslosen und Menschen mit geringen Einkommen beendet werden.

*Meine Forderung: Ähnlich einer Maschinensteuer müssen Konzepte und Maßnahmen zur Absicherung von Cloud- und Crowdworkern von den Auftraggebern finanziert werden.*

## Entgrenzung von Arbeit, psychische Belastungen und Arbeitsschutz

Unbestritten ist für **DIE LINKE**, dass neue Technologien die Arbeitswelt verändern. Dabei ist zu beachten, dass die Durchsetzungswahrscheinlichkeit neuer Technologien nicht allein von deren Machbarkeit abhängt, sondern in erster Linie ökonomischen Interessen folgt. Die Stressbelastung in der Arbeitswelt nimmt rasant zu. Die Zunahme von Arbeitsunfähigkeitstagen und psychischen Erkrankungen ist erschreckend.

- **DIE LINKE** fordert eine Reduzierung der gesetzlichen Höchst- arbeitszeit.
- Modelle wie die *kurze Vollzeit* und flexible Modelle könnten das Versprechen der Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für alle Wirklichkeit werden lassen.
- Erwerbstätige müssen das Recht auf Nichterreichbarkeit und das Recht auf E-Mail-freien Urlaub haben.

Damit Beschäftigte in Zukunft gesund das Rentenalter erreichen können, muss der Arbeitsschutz mit der technologischen und arbeitsorganisatorischen Entwicklung standhalten. Die steigenden Möglichkeiten der Leistungskontrolle von Beschäftigten befördern einen „beständig steigenden Leistungsdruck“.

- **DIE LINKE** fordert eine effektive Anti-Stress-Verordnung gegen Dauerstress, Burn-Out und Arbeit auf Abruf.
- Um mögliche Risiken für die Gesundheit schon frühzeitig vor der Einführung neuer Technologien und Arbeitsmodelle zu

## Michael Ahlmann

**Michael Ahlmann**, Dipl.-Ing., ist nach der Arbeit – als Entwicklungsingenieur und Betriebsratsvorsitzender bei ATLAS ELEKTRONIK in Bremen – 2014 in Rente gegangen. Innerhalb der IG Metall war er viele Jahre europaweit im Bereich Rüstungskonversion und in der gewerkschaftlichen Bildung aktiv. Nach langen Jahren im Arbeitskreis RUIN (Rüstung und Informatik) des FfF und im Beirat ist Michael jetzt Mitglied des FfF-Vorstandes und pendelt noch zwischen Kiel und Bremen. In Bremen ist er aktiv im Cyberpeace-Team und in der FfF-Regionalgruppe.



erkennen, sind vorausschauende Gefährdungsbeurteilungen und Interventionen notwendig.

- Ganzheitliche Gefährdungsbegutachtungen können nur mit den Beschäftigten zusammen erstellt werden. **DIE LINKE** fordert daher im zweiten Schritt, Mitbestimmungsrechte auszuweiten, um Beschäftigte zu beteiligen.

*Ich fordere ebenfalls mehr Selbstbestimmung für Beschäftigte bei Teil- und Vollzeit und Beteiligung an betrieblichen Konzepten.*

### Mitbestimmung

Der digitale Wandel fordert Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen heraus. **DIE LINKE** fordert Betriebs- und Personalräte als das notwendige Korrektiv, damit Beschäftigte ihre Vorstellungen mit einbringen und verhindern können, dass technologische Entwicklungen allein zu ihren Lasten umgesetzt werden. Dazu müssen zwingende Mitbestimmungsrechte erweitert werden. Notwendige Voraussetzung für die Handlungsmöglichkeit von Beschäftigten ist daher die Existenz eines Betriebsrates (zurzeit nur in 9 % der Betriebe) mit mehr Mitgliedern und hinreichenden Freistellungen.

*Diese Forderungen einer Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts teile ich.*

### Digitalisierung als Beitrag zur Inklusion

Fünf Jahre UN-Behindertenrechtskonvention haben leider nicht viel an der Arbeitssituation von Menschen mit Behinderungen gebessert. Im Gegenteil: Die Arbeitslosenzahlen bei Behinderten steigen entgegen dem allgemeinen Trend weiter an. Die Digitalisierung und damit die Beschleunigung der Arbeitswelt stellen Menschen mit Behinderungen vor neue Herausforderungen.

- **DIE LINKE** setzt sich dafür ein, umfassende Barrierefreiheit und *Universelles Design* als allgemeine Grundprinzipien der Arbeitsstättengestaltung in der Arbeitsstättenverordnung festzuschreiben.
- **DIE LINKE** will auf Bundesebene verstärkt in Forschung und Entwicklung barrierefreier Arbeit investieren.
- **DIE LINKE** fordert, entschleunigte und inklusiv ausgestaltete Arbeitsbereiche zu schaffen, in denen auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf am Arbeitsleben teilhaben können, z. B. im öffentlichen Dienst.

*Diese Positionen zur Inklusion finde ich gut. Es fehlt allerdings ein Zeitplan für die Umsetzung.*

### Für ein neues Normalarbeitsverhältnis: DIE LINKE

Die Digitalisierung kann die Chance eines gesellschaftlichen Pfadwechsels bieten, der den neoliberalen Kapitalismus überwindet und den Menschen gute Arbeit und ein gutes Leben er-

möglicht. Die gesellschaftliche Linke möchte der aktuellen Entwicklung des *Digitalen Wandels* ein Projekt entgegensetzen, das die Bedürfnisse der Menschen in den Fokus der Veränderung stellt. Arbeit muss Sicherheit für Beschäftigte bedeuten, damit das Leben wieder planbarer wird. Arbeit muss Mitbestimmung bedeuten, damit Veränderungen mit den Beschäftigten zusammen verwirklicht werden. Arbeit muss aber auch Selbstbestimmung bedeuten, denn Arbeitszeit ist Lebenszeit.

*Nicht ausreichend oder wenig behandelt werden im Grünbuch und in der Stellungnahme der Linke.n die grundlegenden Auswirkungen der Digitalisierung auf die Ökologie und die Genderfrage.*

*Wir werden die konkreten Auswirkungen auf die Arbeitswelt sehr genau beobachten müssen, um humane Konzepte und Maßnahmen entwickeln zu können. Für mich ist ein Gleichgewicht zwischen „Produktionsarbeit“ und Freizeit und Reproduktionsarbeit zu schaffen, denn es gilt:*

**Arbeiten, um zu leben.**

### Anmerkungen

- 1 <http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/A872-gruenbuch-arbeiten-vier-null.html>
- 2 [https://www.arbeitenviernull.de/fileadmin/user\\_upload/160608\\_RM\\_Die\\_Linke.pdf](https://www.arbeitenviernull.de/fileadmin/user_upload/160608_RM_Die_Linke.pdf)
- 3 <http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a883-weissbuch.html>
- 4 <http://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/mehr-jobs-statt-mehrarbeit/>
- 5 *Laut Entwurf Weißbuch sollen Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung kommen können, Crowdworker ähnlich wie Heimarbeiter.innen eingeordnet werden.*
- 6 *Wolfgang Däubler klassifiziert diese Bereiche in seinem Beitrag in der FfF-Kommunikation Heft 4/2016 (ab Seite 56).*
- 7 *Entwurf Weißbuch: Rentenversicherung für alle, Schutzbedürftigkeit von Crowdworking sichern.*
- 8 *Wolfgang Däubler unterscheidet drei Formen (Microtasks, anspruchsvolle Crowd-Aufgaben und Spezialisten-Crowdwork) – FfF-Kommunikation Heft 4/2016 (Seite 56).*



*Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz 2014 – München  
Foto: Metropolico.org, CC BY-SA 2.0*